

Heimische Industriekonjunktur steckt in Schwächephase

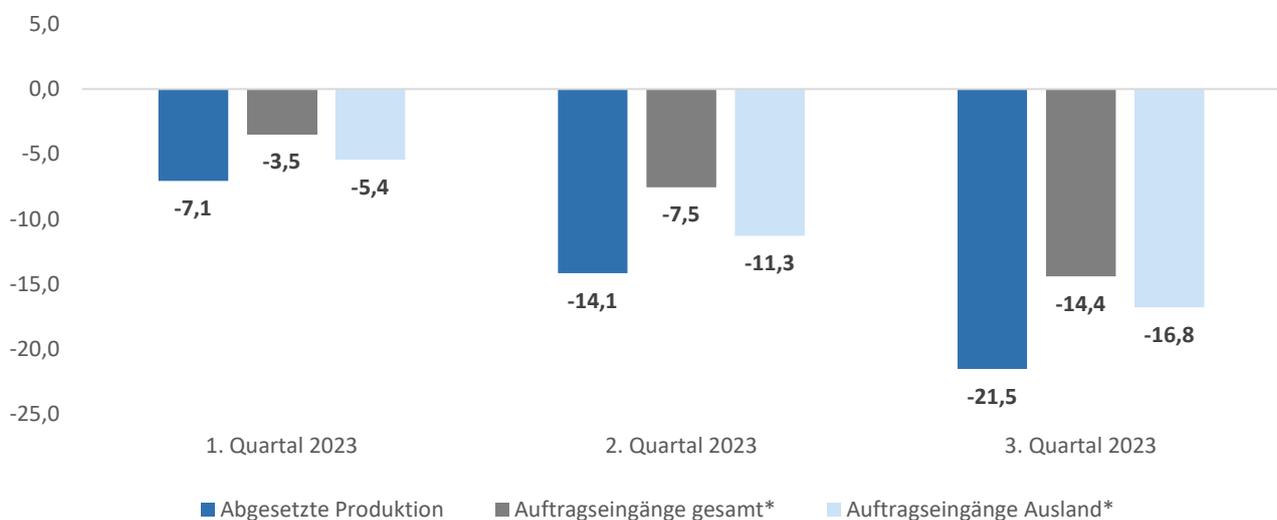
13. Februar 2024

Abteilung für Wirtschaftspolitik

Aufgrund der globalen wirtschaftlichen Entwicklungen gingen bereits die [Konjunkturprognosen im Herbst 2022](#) für 2023 von Rückgängen der Bruttowertschöpfung in der österreichischen Industrie aus. Die von der Branche in den ersten 3 Quartalen des vergangenen Jahres abgesetzte Produktion bestätigt diese Einschätzung. Auch heuer ist eine Erholung der heimischen Industrieproduktion vorerst nicht in Sicht.

Kontinuierliche Verschlechterung der Industriekonjunktur in den ersten 3 Quartalen 2023

Veränderung in % relativ zur Vergleichsperiode 2022



*Bereinigt um Stornierungen

Quelle: Sonderauswertung nach Kammersystematik, Statistik Austria.

Sowohl die abgesetzte Produktion als auch die Auftragseingänge der heimischen Industrie sind im Laufe des vergangenen Jahres immer stärker eingebrochen. Im Vergleich zur Vorjahresperiode 2022 sank die abgesetzte Produktion im 1. Quartal 2023 bereits um 7,1 %. Der Rückgang erhöhte sich im 2. Quartal auf 14,1 % und lag im 3. Quartal bei 21,5 %. Die ebenfalls markanten Auftragseingangseinbrüche im Jahr 2023, welche sich von 3,5 % (1. Quartal 2023) über 7,5 % (2. Quartal) auf 14,4 % (3. Quartal) ausweiteten, deuten auf ein weiteres schweres Jahr für die heimische Industrie hin. Insbesondere Aufträge aus dem Ausland blieben im vergangenen Jahr aus. Diese sanken in den ersten 3 Quartalen 2023 jeweils um etwa 2 bis 4 Prozentpunkte stärker als die gesamten Auftragseingänge der österreichischen Industrie.

FAZIT: Nach massiven Einbrüchen der abgesetzten Produktion im Jahr 2023 wird die Schwächephase der heimischen Industrie aufgrund der weiterhin ungünstigen Auftragslage zumindest im ersten Halbjahr 2024 anhalten. Um kurzfristig positive Impulse zu setzen und mittelfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie sicherzustellen, sind konkurrenzfähige Energiepreise und Lohnstückkosten ebenso förderlich wie eine Reduktion der bürokratischen Lasten bei einer gleichzeitigen Beschleunigung von behördlichen Verfahren.